



Christine Buchholz

Mitglied des Deutschen Bundestages
Friedenspolitische Sprecherin

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Halbzeit

**Liebe Genossinnen,
liebe Genossen,**

ich befinde mich seit einiger Zeit im Mutterschutz. Deswegen kann ich auch nicht am hessischen Landesparteitag in Wetzlar teilnehmen.

Ich möchte Euch auf diesem Wege über meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete in Berlin und Hessen und über die Schwerpunkte meiner Arbeit berichten.

Und ich möchte mich für die Zusammenarbeit mit Euch bedanken, die mir in den letzten beiden Jahren viel Spaß gemacht hat.

Bis Ende Oktober werde ich nicht an Sitzungen des Bundestages, politischen Aktivitäten der LINKEN und außerparlamentarischen Aktionen teilnehmen können.

Dann bin ich wieder zurück und werde mich gemeinsam mit Euch in die Mobilisierung zu den Protesten gegen die Bonner Afghanistankonferenz einbringen und mich weiter an der Diskussion über die Zukunft der LINKEN beteiligen. Denn wir brauchen in Deutschland sowohl eine starke außerparlamentarische Bewegung, als auch eine aktive, bewegungsorientierte Partei, die den Kampf gegen Krieg und die Folgen der kapitalistischen Krise ins Zentrum ihrer Aktivitäten stellt.

Ich wünsche Euch einen erfolgreichen Herbst und freue mich auf die nächsten zwei Jahre.

Solidarische Grüße,
Christine Buchholz

Aufstehen für eine bessere Welt

■ Proteste



Ein junger Tunesier der von Arbeitslosigkeit und Behördenschikanen in die Verzweiflung getrieben wurde, zündete sich selbst an und entfachte damit eine Welle von Protesten die ganz Nordafrika erfasst hat. Eine demokratische Revolution vertreibt in Tunesien, Ägypten und Jemen Diktatoren.

Hatte uns nicht Thilo Sarrazin weismachen wollen, dass die muslimischen Länder rückständig und zur Demokratie ungeeignet sind? Die arabische Revolution hat den dumpfen islamfeindlichen Parolen der Sarrazinisten einen schweren Schlag versetzt.

Die sozialen Auswirkungen sind aber noch größer. In den Südeuropäischen Ländern ist die Jugendarbeitslosigkeit fast so groß wie in Ägypten oder Tunesien. Die Massenversammlungen auf dem Tahirplatz in Kairo werden zum direkten Vorbild für Jugendproteste in Madrid und Barcelona, Athen und sogar in Tel Aviv. Die große, vereinigende Ursache sind die sozialen Verwüstungen,

Teuerungen, Massenarbeitslosigkeit, Verelendung und Perspektivlosigkeit für eine ganze Generation.

Kann der Funke überspringen? Die Klassenkämpfe haben in Griechenland im Juni kurz vor einer Explosion gestanden.

Inzwischen ist die nur scheinbar überwundene Weltwirtschaftskrise zurückgekehrt. Sie bedroht auch den „Merkel-Aufschwung“, der durch seine Exportlastigkeit sehr gefährdet ist. Zwischen der Weltwirtschaftskrise von 2008 und ihrem drohenden Wiederausbruch im Winter 2011 liegt die arabische Revolution. Sie ist eine Warnung an die Herrschenden und ein Ermütigung für die Unterdrückten: Dieses Mal werden wir nicht wehrlos bleiben. „Wir zahlen nicht für Eure Krise“ und „Die Reichen sollen zahlen“ haben wir im Wahlkampf 2009 gesagt. Für diese Forderungen müssen wir in einer starken LINKEN weiter kämpfen. Auf der Straße, in den Betrieben und in den Parlamenten.

10 Jahre zu viel: Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Ein Ereignis hat die aktuelle Wahlperiode geprägt, wie kaum ein anderes: In der Nacht vom 3. auf den 4. September 2009, wenige Wochen vor der Bundestagswahl, befahl der deutsche Kommandant in Kundus, Oberst Georg Klein, die Bombardierung einer Gruppe Afghanen, die sich um zwei gestohlene Tanklaster versammelt hatten.

Durch diesen Angriff starben bis zu 138 unbeteiligte Zivilisten. Das Ereignis, bei dem es nach den Worten Kleins darum ging, Aufständische zu „vernichten“, offenbarte die alltägliche Brutalität eines Krieges, der eine korrupte Marionettenregierung gegen den Willen immer größerer Teile der Bevölkerung an der Macht halten soll.

Wegen des Entsetzens der Bevölkerung und des Nachbohrens von Opposition und Presse, mussten schließlich ein Minister, ein General und ein Staatssekretär den Hut nehmen – um zu verhindern, dass Kanzlerin Merkel selbst in Mitleidenschaft gezogen wird.

Im Februar 2010 waren mein Kollege Jan van Aken und ich in Afghanistan und haben mit Überlebenden und Hinterbliebenen gesprochen. Die Geschichten zu hören war schockierend. Bulbuls drei Enkel wurden in jener Nacht getötet, Leyla verlor ihre beiden Söhne, weil sie in ihrer Armut Benzin aus den Tanklastern abzapfen wollten.

Aber schockierend war auch zu sehen, dass all die Politikerinnen und Politiker, die behaupten, mit ihrem Krieg „die Afghanen befreien“ zu wollen, sich überhaupt nicht um die afghanischen Opfer des Krieges scheren.

■ Aktion der Linksfraktion im Plenum



In Afghanistan haben wir auch eine mutige und selbstbewusste Frau getroffen: Die Ärztin und Kommunalabgeordnete in Kundus Dr. Habibe Erfan. Sie hat die Beweise zusammengetragen und die Liste der Kundus-Opfer erstellt – gegen den Widerstand sowohl der Provinzverwaltung als auch der Taliban.

Wir haben Frau Dr. Erfan in den Untersuchungsausschuss geholt und eine Veranstaltungstour in Deutschland mit ihr organisiert. Mit der Ausstellung "Afghanistan – Das wahre Gesicht des Krieges", die viele Kreisverbände in Hessen gezeigt haben, Diavorträgen und nicht zuletzt mit der Aktion im Bundestag, bei der wir anlässlich der Mandatsverlängerung 2010 die Namen der Kundus-Opfer in die Höhe gehalten haben, haben wir geholfen, die Verbrechen des Krieges in die Öffentlichkeit zu bringen.

Die anderen Parteien reden jetzt viel von dem angeblich geplanten Abzug

nach 10 Jahren Krieg. Aber der Krieg geht weiter. Es sind alleine im ersten Halbjahr 2011 über 1400 Zivilisten getötet worden. Die NATO bleibt auch nach 2014 in Afghanistan und die vom Westen ausgebildete Polizei ist für ihre Korruption und Brutalität bekannt.

Die NATO ist Teil des Problems in Afghanistan, nicht Teil der Lösung. Das haben auch die Aktivistinnen und Aktivisten der afghanischen Demokratiebewegung berichtet, die Anfang 2011 an der von der Linksfraktion organisierten Konferenz: „Das andere Afghanistan“ teilgenommen haben.

Einige dieser Afghaninnen und Afghanen werden uns in diesem Herbst wieder besuchen, um gemeinsam mit der LINKEN und der Friedensbewegung gegen die zweite Petersberger Konferenz der Bundesregierung zu protestieren

(siehe Kasten).

Im Dezember jährt sich der Beginn des Krieges in Afghanistan zum 10. Mal und damit auch die Zustimmung der Bundesregierung zu diesem Krieg. In Bonn wird vom 3. bis 5. Dezember die internationale Afghanistankonferenz der Bundesregierung stattfinden. An dieser Konferenz werden Außenministerinnen und Außenminister aus 90 Ländern sowie

Vertreterinnen und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen teilnehmen. Gemeinsam mit dem „Protestbündnis gegen Petersberg II“ plant DIE LINKE mehrere Aktionen im Umfeld der Konferenz: Unter dem Motto „Sie reden von Frieden, Sie führen Krieg – Truppen raus aus Afghanistan!“ wird am 3.12. eine bundesweite Demonstration und am 4.12. ein internationaler Gegengipfel

in Bonn stattfinden. Mehr Informationen zu den Protesten findet man unter:

<http://www.die-linke.de/politik/themen/freiheitfuerafghanistan/>

und <http://www.afghanistanprotest.de/>

Auch im Sudan hilft kein Militär

Die Situation im Sudan ist ein Schwerpunkt meiner Arbeit im Bundestag. In diesem Jahr konnte man mehr über dieses größte Land auf dem afrikanischen Kontinent hören und lesen, da sich zum einen der Süden vom Norden abgespalten und einen neuen Staat, den Südsudan, gegründet hat. Zum anderen, weil es ein neues Mandat für die Bundeswehr gab, sich an dem robusten Einsatz der UN im Südsudan zu beteiligen. DIE LINKE im Bundestag hat diesmal geschlossen gegen das Bundeswehrmandat gestimmt.

Wir sagen, dass die Probleme des Nord- und des Südsudans nicht mit Militär zu lösen sind.

Im Norden bleibt die soziale Not bestehen und die Regierung unterdrückt weiterhin Oppositionelle und Linke. Aber auch im Süden sieht es nicht besser aus. Die Einnahmen aus der Ölförderung kommen in dem vom Westen gepöppelten neuen Staat nicht den Menschen zugute, sondern dienen der Finanzierung von Streitkräften und Milizen. Die Bevölkerung hingegen ist immer noch von Nahrungsmittelhilfen abhängig. Die Not schürt Verteilungskonflikte, die im Rahmen traditioneller



Rivalitäten bewaffnet ausgetragen werden.

Im Südsudan herrscht eine korrupte Gruppe, deren Macht sich auf ihre Milizen gründet. Die Wahrscheinlichkeit für ein 15-jähriges Mädchen ist höher, bei der Geburt ihres Kindes zu sterben, als die Schule zu absolvieren.

Beide Länder brauchen internationale Hilfe beim Wiederaufbau. Und zwar zivile Hilfe. Zu dieser Überzeugung bin ich mit meinen Fraktionskolleginnen und Kollegen Kathrin Vogler, Niema Movassat und Jan van Aken auf unserer Sudanreise im November 2010 gekommen. Ein ausführlicher Reisebericht ist unter <http://dokumente.linksfraktion.de/>

[download/110517-sudanafrika-komplett.pdf](#) zu finden.

Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass DIE LINKE die UN-Militärmissionen UNMISS im Südsudan und UNAMID in Darfur, an denen sich auch die Bundeswehr beteiligt, weiter ablehnt, denn damit ist vor allem das ökonomische Interesse des Westens, auch Deutschlands, verbunden, den chinesischen Einfluss in dieser Region zurückzudrängen und das eigene Gewicht in der imperialistischen Konkurrenz zu erhöhen. Die Menschen und ihre Bedürfnisse dürfen nicht zum Spielball der geopolitischen Konkurrenz werden.

Kein Werben für's Sterben!

Laut den neuen verteidigungspolitischen Richtlinien soll die Bundeswehr zwei Kriege, wie den in Afghanistan gleichzeitig führen und sich an bis zu sechs kleineren Einsätzen beteiligen können.

Die Einsätze sollen dazu dienen, die „Deutschen Interessen“ durchzusetzen: Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und Absatzmärkten, globaler Handelsrouten und um der „gewachsenen deutschen Rolle“ gerecht zu werden. Nur wer mit schießt darf auch wirklich in den internationalen Institutionen mitreden.

Dafür wird die Bundeswehr umgebaut. „Freiwillige“ sollen die Reihen der Mannschaftsdienstgrade im Auslandseinsatz füllen. Sie kommen hauptsächlich

aus dem Reservoir der arbeitslosen jungen Menschen.

Um die nötige Menge Kanonenfutter zu bekommen, wirbt die Bundeswehr an



Schulen, an Messen, vor Arbeitsämtern – wie auch beim letzten Hestentag.

Die Bundesregierung hat Kooperationsvereinbarungen mit mehreren Bundesländern, darunter Hessen, abgeschlossen, die ihren „Jugendoffizieren“ den Zugang zu Schulen ermöglichen.

Infos, Tipps und Tricks, wie man die Rekrutierungsveranstaltungen an Schulen verhindern kann, gibt es in der Broschüre "Bundeswehr raus aus den Schulen", die ich zusammen mit Ulla Jelpke erstellt haben. Sie kann unter versand.linksfraktion.net bestellt werden.

Meine Arbeit in Hessen

Zur Bundestagswahl 2009 hat der Landesparteitag mich auf Platz drei der hessischen Landesliste gewählt. Zudem bin ich als Direktkandidatin für DIE LINKE in Offenbach am Main angetreten.

Nach meinem Einzug in den Bundestag habe ich in Hessen drei Wahlkreisbüros eingerichtet, in Offenbach, Frankfurt und in Schwalmstadt.

Dabei war und ist es mir wichtig, eine regionale Einbindung der Themen zu erreichen, die meine Arbeit im Bundestag prägen. Der Einsatz in Afghanistan hat durch die hessischen Bundeswehrstandorte einen deutlichen lokalen Bezug. Mehrere hessische Schulen sind aktiv gegen die Besuche von Jugendoffizieren. Die Friedensbewegung, so der Kasseler Friedensratschlag, ist für mich ein wichtiger Partner. Aber auch Themen wie die Umbrüche in Nordafrika oder die Entwicklungen im Sudan fanden Widerhall in Hessen.

Aus den Eindrücken meiner und Jan van Akens Afghanistan-Reise ist die Ausstellung „Afghanistan - Das wahre Gesicht des Krieges“ zusammengestellt worden, die an verschiedenen Orten in Hessen zu sehen war.

Die Eröffnung dieser Ausstellung haben wir in Schwalmstadt mit der Eröffnung meines Büros verbunden. Das Regionalbüro im Kreisverband Schwalm-Eder ist inzwischen ein wichtiges Bindeglied zwischen der antifaschistischen Bewegung und der LINKEN geworden. Dort treffen sich das Bündnis "Rock für Toleranz" und die regionale Antifa. Darüber hinaus ist Schwalmstadt ein wichtiger Ort für die Mobilisierung aus Hessen zu den jährlichen Anti-Nazi-Protesten in Dresden.

In Offenbach habe ich mittlerweile mein Wahlkreisbüro in der LINKEN ECKE, die

auch den Kreisverband beherbergt. Die LINKE ECKE dient als Verbindungspunkt für verschiedene Organisationen und Raum für linke Projekte. Die Beratungen der Hartz-IV-Hilfe werden gut angenommen. Die monatlichen Vorführungen des politischen KINO-Clubs bilden mit dem Büchertreff das Rahmenprogramm für ein weiteres echtes Büro für Bürgerinnen und Bürger.

Schon auf dem Hessentag 2010 hat DIE LINKE gegen die Werbemaßnahmen der Bundeswehr protestiert. 2011 hat sich ein breites Bündnis zusammengefunden, um wiederum auf dem Hessentag gegen die Bundeswehr zu protestieren.

Ich habe mich 2010 und 2011 an den Sommertouren der hessischen und thüringischen Bundestagsabgeordneten beteiligt. Vor allem das Treffen mit der südhessischen Gewerkschaftsjugend, bei dem wir über die Überführung von Rüstungsbetrieben in zivile Produktionsstätten diskutiert haben, wird mich bei meiner weiteren Arbeit im Bundestag begleiten.

In Berlin habe ich mich mit mehreren Besuchergruppen, aber auch vielen hessischen Schulklassen, getroffen. Zuletzt waren eine Frauenbesuchergruppe und eine Besuchergruppe von Gewerkschaftern an der Spree.

Insgesamt habe ich mich in Hessen bisher an vielen Veranstaltungen und Aktionen beteiligt. Ich würde mich freuen, Euch auch in den kommenden zwei Jahren zu besuchen.

Bitte wendet Euch bei Interesse an eines der drei Wahlkreisbüros.

Meine Wahlkreisbüros in Hessen

Offenbach am Main



Taunusstraße 2, 63067 Offenbach
christine.buchholz@wk.bundestag.de
Tel.: 069 - 85 09 53 27
Mitarbeiter: Per Oldehaver

Frankfurt am Main



Allerheiligentor 2-4, 60311 Frankfurt
christine.buchholz@wk2.bundestag.de
Tel.: 069 - 970 979 64
Fax.: 069- 970 979 65
Mitarbeiterin: Natalie Dreibus

Schwalmstadt



Steingasse 5, 34613 Schwalmstadt
Tel.: 06691 - 220 46 30
Mitarbeiterin: Heidemarie Scheuch-Paschkewitz



Wenn Du ein Smartphone hast, kannst Du diesen QR-Code einscannen, um meine Kontaktdaten dort zu speichern.

Impressum

V.I.S.d.P: Christine Buchholz

© 2011 - Pixelladen.de

Büro in Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

christine.buchholz@bundestag.de

Tel.: 030 - 2277 - 50 62

www.facebook.com/ch.buchholz